

Verfahren gekippt – Unis atmen auf

Neues Zulassungssystem käme „übereilt“

VON MARINA KORMBAKI

Hannover. Mit Erleichterung haben Niedersachsens Universitäten auf die Nachricht reagiert, dass der Start des Onlinebewerbungsverfahrens für zulassungsbeschränkte Studienfächer verschoben wird. „Die übereilte Einführung wäre kontraproduktiv gewesen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Landeshochschulkonferenz Niedersachsen und Präsident der Technischen Universität Braunschweig, Prof. Jürgen Hesselbach: „Wir können den Bewerbern nicht zumuten, dass Systemschwächen erst im laufenden Betrieb, sozusagen auf ihrem Rücken, ausgeräumt werden.“

Softwareprobleme waren ausschlaggebend dafür, dass Länder und Hochschulen vorerst von dem Projekt Abstand genommen haben. Die Stiftung für Hochschulzulassung, die die entsprechende Onlineplattform „hochschulstart.de“ betreibt und von der hannoverschen Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) beraten wird, hatte die Verschiebung empfohlen. Ursprünglich sollte die Plattform, die Mehrfachzulassungen von Bewerbern an mehreren Studienorten verhindern soll, Mitte Mai freigeschaltet werden.

„Durch den doppelten Abiturjahrgang und den Wegfall der Wehrpflicht erwarten wir für dieses Jahr 600 Studierende mehr – da wäre es gut gewesen, wenn das System funktioniert hätte“, sagte Prof. Gunilla Budde, Vizepräsidentin der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: „Aber bei den technischen Mängeln war es die richtige Entscheidung.“ Eine Sprecherin der Leibniz-Universität in Hannover sagte: „Das System muss erst mal ordentlich getestet werden, so lange warten wir.“ Und auch Niedersachsens Wissenschaftsministerin Johanna Wanka meinte: „Die gute Vorbereitung der Hochschulen auf den starken Jahrgang darf nicht durch ein unausgereiftes Zulassungsverfahren beeinträchtigt werden.“

Das Unternehmen HIS, das den Softwareentwickler T-Systems bei der Schaffung der IT-Infrastruktur für das Bewerbungsverfahren berät, führt die Verzögerung darauf zurück, dass sich nicht alle deutschen Universitäten mit NC-Fächern verpflichtet haben, an der Testphase teilzunehmen: „Nur so wäre gewährleistet, dass das IT-System auf die Besonderheiten der einzelnen Uni-Systeme Rücksicht nehmen kann“, sagte ein Sprecher. Zudem sei der Zeitpunkt, das Verfahren innerhalb eines Jahres in Betrieb zu nehmen, „recht sportlich“ gewesen.

Mutter soll zwei ihrer drei Kinder getötet haben

Großvater findet seine Enkel morgens tot im Haus / Zwillingschwester des einen Opfers überlebt verletzt



In diesem Haus im Langelheimer Stadtteil Astfeld (Landkreis Goslar) hat sich die Familientragödie ereignet. Die Mutter wird verdächtigt, zwei ihrer drei Kinder getötet zu haben. Polizisten sichern Spuren (rechts).



dpa (2)

VON GUNNAR MENKENS
UND HEIDI NIEMANN

Astfeld. Ein Familiendrama hat sich am Dienstagmorgen in Astfeld (Kreis Goslar) ereignet. Dort wurden in einem Einfamilienhaus zwei kleine Kinder im Alter von vier Monaten und fünf Jahren tot aufgefunden. Die Polizei geht von einem Tötungsdelikt aus. Die Ermittlungen konzentrierten sich auf die 34-jährige Mutter der Kinder, teilte Polizeisprecher Sascha Görzitz mit.

Um kurz nach 8 Uhr morgens hatte sich der Großvater der Kinder per Notruf bei der Polizei gemeldet und mitgeteilt, dass er zwei seiner Enkelkinder in ihrem Wohnhaus leblos aufgefunden habe. Als wenig später der Notarzt eintraf, konnte dieser nur noch den Tod der beiden Mädchen feststellen. Beide Kinder hätten Schnittverletzungen aufgewiesen, sagte der Polizeisprecher.

Über die 34-jährige Mutter erfährt man nur wenig. Verheiratet soll sie gewesen sein, inzwischen aber geschieden. Der Mann lebe im nahen Goslar, erzählen Nachbarn. „Die Mutter war immer nett, immer freundlich.“ Ein junger Mann will etwas von Alkoholproblemen der Frau gewusst haben. Aber wer will wissen, ob das stimmt oder bloß Dorfklatsch ist?

Die Familie lebte in einem Einfamilienhaus am Ende einer Sackgasse. Es hat weiße Klinker und einen Giebel aus Holz. Hier im Dachgeschoss haben die Kinder gelebt. Auf dem Fensterbrett steht ein weißer Stoffhund, im Fenster daneben baumelt eine selbst gebastelte Puppe.

In dem Haus befand sich noch eine weitere Schwester der beiden getöteten Mädchen. Die Fünfjährige habe ebenfalls Schnittverletzungen gehabt, sagte Polizeisprecher Görzitz. Diese seien aber nur oberflächlich gewesen. Das Mädchen sei

deswegen ambulant im Krankenhaus behandelt worden. Inzwischen befindet es sich in der Obhut der Großeltern.

Am Tatort fanden die Ermittler auch die 34-jährige Mutter der drei Kinder vor. Die alleinerziehende Frau steht im Verdacht, die beiden Mädchen getötet zu haben. Nähere Informationen dazu wollte die Polizei am Dienstag wegen der laufenden Ermittlungen noch nicht bekanntgeben. Auch über den Gesundheitszustand der Frau und mögliche Hintergründe des Tötungsdelikts machte sie keinerlei Angaben.

Bald nachdem der Großvater seine Enkelkinder gefunden hatte, sprach sich die Tragödie herum. Astfeld ist nur eine kleine Ortschaft, ein Teil der Stadt Langelsheim. Viele Menschen leben hier in bescheidenen Einfamilienhäusern, fast jedes von ihnen hat einen Garten. Durch die Hauptstraße fuhr am Morgen plötzlich ein Leichenwagen, und weil er in

diese Sackgasse einbog und schon längst Polizisten vor dem Haus standen, war schnell klar, um welche Familie es sich handelte. Als ein Mann Stunden danach auf der Straße entlanggeht, kann er nur mit Tränen in den Augen den Weg zum Haus erklären. „Unsere Kinder sind ja zusammen in der Kita gewesen, wir kennen auch die Mutter.“ Es ist ein unfassbares Erlebnis. Dass plötzlich Kinder ermordet aufgefunden werden, das passiert doch immer nur in anderen Dörfern, und es passiert immer nur im Fernsehen.

Einige Nachbarn kannten die Mutter und ihre Kinder vom Weg zum nahen Kindergarten, der zwei Straßen weiter liegt. Es ist ein pragmatischer Zweckbau, gelb gestrichen und mit einem Spielplatz dahinter. Der Weg ist kurz, vielleicht dreihundert Meter von der Wohnung. Der Großvater ist ihn oft gegangen, wenn er die Enkel morgens in die Kita brachte und später wieder abholte. In Astfeld liegt

alles nah beieinander. Vor dem Kindergarten liegt die Grundschule. Auf dem Schulhof üben einige Mädchen und Jungen Skateboardmanöver. Das Unglück scheint weit entfernt für sie zu sein.

Nicht alle in Astfeld wissen von der Tragödie. Am späten Nachmittag kommt der unmittelbare Nachbar nach Hause. Durch Kamerateams muss er seinen Wagen auf die Einfahrt seines Hauses lenken. Von Journalisten erfährt er vom Tod der zwei kleinen Kinder. Kinder, die mit seinen eigenen oft auf dem Wendehammer gespielt haben. „Ich muss mich jetzt selbst erst mal schlammachen“, sagt er. „Sie ist doch eine ganz ruhige Frau.“ Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Braunschweig wurde die Rechtsmedizin aus Hannover zum Tatort gerufen. Erste Ergebnisse ihrer Ermittlungen will die Polizei heute Vormittag bei einer Pressekonferenz in der Polizeiinspektion Goslar bekannt geben.

Frau erhängt sich in JVA

65-Jährige hatte ihren Mann getötet und zerstückelt

VON KARL DOELEKE

Hannover/Vechta. Eine 65-jährige Frau aus Stade hat sich am Montag in ihrer Zelle im Frauengefängnis in Vechta erhängt. Wie die Staatsanwaltschaft Stade am Dienstag mitteilte, wurde die 65-Jährige gegen 21 Uhr tot aufgefunden. Die Staatsanwaltschaft hat die Obduktion der Leiche angeordnet, geht aber von einem Suizid aus, zumal die Frau einen Abschiedsbrief in russischer Sprache hinterlassen hat. „Wir schließen ein Fremdverschulden aus“, sagte Staatsanwalt Kai Thomas Breas.

Die 65-Jährige saß seit ihrer Festnahme am 9. März in Vechta in Untersuchungshaft. Gegen sie wird wegen Totschlags ermittelt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, am 8. März ihren 71 Jahre alten Ehemann in der gemeinsamen Wohnung in Stade zunächst mit der Axt erschlagen und anschließend mit einem scharfen Messer zerstückelt zu haben. Die Leichenteile hatte die

Frau in mehrere Plastiksäcke verpackt, die die Polizei einen Tag später im Keller der Wohnung entdeckte. Nachbarn hatten in der Tatnacht dämpfe Schläge gehört.

Die Tat geschah am internationalen Weltfrauentag, weshalb die Ermittler als Motiv die Unterdrückung durch den Ehemann annehmen. „Er hat seine Frau wohl körperlich und auch psychisch misshandelt“, sagte Breas. Die Frau hat die Tötung ihres Mannes gestanden. Die Polizei war von Verwandten gerufen worden, denen sich die Frau anvertraut hatte. Sie ließ sich damals widerstandslos festnehmen.

Ein weiterer Jahrestag spielt auch beim Tod der 65-Jährigen eine Rolle: „Für ihren Suizid wählte die Frau offensichtlich ganz bewusst den Todestag ihres vor vielen Jahren verstorbenen Sohnes“, sagte Staatsanwalt Breas. Nach Angaben der Ermittlungsbehörde hat sie sich mit einem Schal selbst erhängt.

Ganztagsbetrieb gefährdet

Landesschulbehörde schreibt ans Kultusministerium

VON MARINA KORMBAKI

Hannover. Die Landesschulbehörde Osnabrück schlägt Alarm: In einem Schreiben an das niedersächsische Kultusministerium klagt die für Ganztagschulen zuständige Behörde über „widersprüchliche“ Weisungen des Ministeriums im Umgang mit Mitarbeitern im Nachmittagsunterricht. Wegen der unsicheren Rechtslage für Honorarkräfte drohe „spätestens zum 1. August“ der Ganztagsbetrieb an niedersächsischen Schulen „praktisch lahmgelegt“ zu werden. Die auf zwei Jahre befristeten Verträge könnten nur unter Angabe eines Grundes verlängert werden, und derzeit gebe es „praktisch keine Befristungsgründe“ für Arbeitsverträge von Hilfskräften. „Ein Großteil der eingesetzten Personen“ müsste also zum Sommer entlassen werden. Für sie müssten neue Kräfte eingestellt werden, jedoch falle es den Schulen schwer, geeignetes Personal zu finden, heißt es in dem Schreiben: „Es

wird eine Vielzahl massiver Beschwerden von Schulen geben.“ Zudem lägen der Behörde „einige Entfristungsklagen mit guten Erfolgsaussichten“ vor. Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelt zurzeit gegen das Land wegen des Verdachts von Sozialversicherungsbetrug bei der Beschäftigung von Honorarkräften.

Die SPD-Bildungspolitikerin Frauke Heiligenstadt sieht in dem Brief der Landesschulbehörde einen „Hilferuf wegen der anhaltenden Praxis illegaler Beschäftigung“. Ina Korter von den Grünen forderte die Regierung auf, „den Ganztagschulen ein ausreichendes Budget zur Verfügung zu stellen“. Das Kultusministerium wies die Aussage, der Ganztagsbetrieb stehe auf der Kippe, zurück: „Dort, wo es an einzelnen Schulen noch Handlungsbedarf gibt, wird es Lösungen geben, damit überall der Ganztagsbetrieb fortgesetzt werden kann“, sagte ein Sprecher von Minister Bernd Althusmann (CDU).

Wirbel um die Uni-Leitung in Lüneburg

Umstrittener Vizepräsident soll durchgedrückt werden

VON KLAUS WALLBAUM

Lüneburg. Gerade ist der umstrittene Libeskind-Bau in trockenen Tüchern, da plagt ein heftiger personeller Streit die Leuphana-Universität in Lüneburg. Der seit fünf Jahren amtierende Uni-Präsident Sascha Spoun möchte jetzt, ein Jahr vor Ablauf seiner Amtszeit, seinen Vertrag um acht Jahre verlängern. In seinem Fall hat der Senat dafür vergangene Woche auch den Weg frei gemacht, nicht aber für seinen engsten Mitarbeiter und Strippenzieher, den Vizepräsidenten Holm Keller. Nun deutet manches darauf hin, dass das Spoun-Lager die Abstimmung im Senat am heutigen Mittwoch wiederholen und Keller durchdrücken will.

Spoun und Keller haben seit 2006 der bis dahin als grau und langweilig geltenden Universität mit einer beispiellosen Marketingoffensive immer wieder positive Schlagzeilen verschafft. Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter besuchte die Uni, Stararchitekt Daniel Libeskind wurde zum Professor berufen. Der größte Coup der beiden war der Plan, mit kräftiger Unterstützung aus EU-Fördertöpfen ein neues Zentralgebäude für die Uni zu planen – gestaltet von Libeskind. Gegen heftige Widerstände haben sie das mittlerweile durchgesetzt, aber dabei sind auch Kellers Schattenseiten deutlich geworden: Um die Finanzierung, die lange unklar und widersprüchlich wirkte, wurde mit dem Ministerium gefeilscht. Heute noch schweben Risiken von mehreren Millionen Euro über dem Bau, dessen Grundstein am 8. Mai gelegt werden soll.

Die Uni stand nie geschlossen hinter dem Projekt, vor allem Keller, der früher bei Beratungsunternehmen tätig war, spaltet die Professoren- und Studentenschaft. Kritiker halten ihm „einseitig betriebswirtschaftliches Denken“ vor. Entscheidungen wie ein Studiengang für Führungskräfte eines bestimmten Großkonzerns oder der Plan, ein Hochschulforschungszentrum aufzubauen, ließen eine zu starke Verquickung von Wirtschaftsinteressen und Hochschulforschung erahnen.

Eigentlich sollte das Ergebnis der Senatssitzung vergangene Woche geheim bleiben, doch es sickerte durch. In ASTA-Kreisen mutmaßt man, dies sei bewusst geschehen, um einen Vorwand für die Wiederholung der Wahl – und die Durchsetzung von Keller – zu schaffen. Hochschulbedienstete sprechen außerdem von einem „Druck“, der an der Uni herrsche. Das Spoun-Lager schüre Angst. Sogar eine Facebook-Seite „Spoun 4 president“ wurde gestartet – offenbar zu dem wahren Zweck, Kellers Kopf zu retten.

Misstrauen bei Atomfreunden

Eine Debatte um das AKW Lingen führt Gegner und Befürworter zusammen

VON BERNHARD REMMERS

Lingen. Nur wenige Schritte sind es vom Eingang des Atomkraftwerks in Lingen im Kreis Emsland zum alten Kanal, wo die schmucke Motorboote und Jachten vertäut sind. Norddeutsche Idylle, atomare Hochtechnologie und ein gediegener Wohlstand: Das ging viele Jahrzehnte lang im Emsland Hand in Hand. Jetzt, nach dem Strahlungsunglück in Fukushima, muss sich auch der Leiter des Kernkraftwerkes Emsland, Horst Kemmeter, kritischen Fragen stellen. Mehr als 400 Leute sind am Montagabend nach Lingen ins Ludwig-Windthorst-Haus zur Diskussion gekommen.

„Nichts ist mehr, wie es war“, referiert Akademiedirektor Michael Reitemeyer die Überschrift des Abends und nennt die Vorgänge im fernen Japan „eine Katastrophe globalen Ausmaßes“. Der Emsländer – soweit er in der Akademieaula vertreten ist – wahrt dennoch die Höflichkeit. Als Kraftwerksleiter Kemmeter mit einer beinahe japanisch anmutenden Verneigung die Gäste begrüßt, bekommt er respektvollen Beifall. Mehr ist in der ersten Runde auch für den Vertreter der Grünen, den Lingener Ratsherrn Michael Fuest, nicht drin.

Kemmeter darf dem Publikum mit einigen Grafiken die Vorgänge in Japan erklären. Neue Sicherheitsfragen der Bundesregierung nach dem Unglück in den Kernkraftwerken in Deutschland würden sorgfältig abgearbeitet, erklärt der

Ingenieur. Das Kraftwerk in Lingen mit einem 1400-Megawatt-Block produziert laut Betreiber jährlich elf Milliarden Kilowattstunden Strom. 342 Menschen arbeiten dort. Kemmeter ist überzeugt, dass die Anlage im Emsland auch gegen Erdbeben und Flugzeugabstürze hinreichend gesichert ist. Unterstützt wird er von Gerhard Feige, Abteilungsleiter für die Atomaufsicht im niedersächsischen Umweltministerium, der auf die ausgefeilten Sicherheitsstrategien auch gegen Angriffe von Terroristen hinweist.

Das Misstrauen im Saal und auf dem Podium können die beiden Techniker trotzdem nicht zerstreuen. Ein Philosoph aus Hannover macht sich zum Sprecher der Kritiker: „Die Nutzung der Kernenergie ist heute gemeinwohlschädlich“, zitiert Jürgen Manemann das Fazit eines Papiers, das der Wissenschaftler 2010 mit



Das Atomkraftwerk in Lingen gehört zu den neueren Meilern in Deutschland. dpa

dem Forschungsinstitut für Philosophie im Auftrag des Bistums Hildesheim verfasst hat. Auch Michael Fuest, der grüne Ratsherr, will sich mit den Sicherheitsprüfungen in Deutschland nicht zufriedengeben. In Japan hätten schließlich erfahrene Ingenieure ihre Arbeit gemacht. Das Unglück verhindern konnten sie letztlich auch nicht.

Vor allem der nur wenige Kilometer vom Kraftwerk entfernte Luftwaffenschießplatz Nordhorn-Ränge bereitet einigen Menschen im Saal Sorgen. Sie fürchten einen Absturz der Jets auf das Kraftwerk. Da helfen auch die Berichte über Pensionäre nichts, die vor 30 Jahren auf einem Bundeswehrgelände bei Meppen den Beton des Kraftwerks gegen den Einfall von Kampfflugzeugen getestet haben. Den Philosophen Manemann treibt besonders „die kurze Halbwertszeit unseres Gedächtnisses“ um. Schließlich sei auch nach dem Schock von Tschernobyl die große Energiewende ausgeblieben. Dabei sei es so wichtig, dass die Bürger gemeinsam entschieden, „welches Risiko wir eingehen wollen“.

Im Saal des Ludwig-Windthorst-Hauses sind die Menschen darüber noch geteilter Meinung. „Ich bin Befürworter des Atomstroms“, erklärt ein älterer Herr. Und die Überschrift „Nichts ist mehr, wie es war“ bekommt an diesem Abend ein unsicheres Fragezeichen verpasst. Der energiepolitische Konsens liegt auch für die Emsländer noch in weiter Ferne.

Anzeige

Der aktuelle **TOP-DEAL**

50% sparen!

Schminkkurs für Anfänger/innen

35 € statt 70 €

Hannover zum halben Preis bei **norddeal.de**

Ein Online-Service der HAZ und NP

31048501_110413001000011

Landrat fordert Evakuierungsplan

Hamel (doe). Für den Fall eines schweren Zwischenfalls im Atomkraftwerk Grohnde hat Landrat Rüdiger Butte (SPD) von Bund und dem Land Niedersachsen neue Pläne für das Krisenmanagement gefordert. In einem Brief an Innenminister Uwe Schünemann (CDU) forderte der Landrat, Schünemann solle sich bei der nächsten Innenministerkonferenz dafür einsetzen, dass ein zentraler Führungsstab für einen möglichen Störfall eingesetzt wird.

Die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen sehen vor, dass der Landkreis für den Katastrophenschutz zuständig wäre. Ein Unfall wie im Kernkraftwerk im japanischen Fukushima übersteige aber die Möglichkeiten des Landkreises, sagte Butte. Nach Auffassung des Landrates von Hameln-Pyrmont „erfordert ein derartiger Fall Maßnahmen, die die Übernahme einer zentralen Führung auf Landes- oder sogar Bundesebene bedingen“. Ein zentraler Führungsstab sei nötig, um Evakuierungen großräumig zu steuern. Der Druckwasserreaktor in Grohnde mit 1400 Megawatt Leistung wurde 1985 in Betrieb genommen.